
MEDIENMITTEILUNG

Herisau, 25. April 2016

Parolenfassung der EDU Appenzellerland in Herisau

EDU lehnt die drei Initiativen klar ab

In heiterer Atmosphäre beschloss die EDU Appenzellerland in Herisau die Parolen für die Eidgenössische Abstimmung am 5. Juni. Alle Parolen wurden einstimmig beschlossen.

NEIN Pro Service Public

Das Anliegen der Initianten kann die EDU gut nachvollziehen. Jedoch beschneidet die Initiative die unternehmerischen Freiheiten von Post, SBB und Swisscom. Dadurch wird die Leistungsfähigkeit geschmälert. Darunter leidet dann der Service Public. Mit den Gewinnen werden z.B. Staatsschulden abgebaut und teure Neuinvestitionen in moderne Techniken vorgenommen. Die Initiative zerschlägt das funktionierende Getriebe des Service Public in der Schweiz.

NEIN Bedingungsloses Grundeinkommen

Wer nicht arbeitet, soll nicht essen, schreibt der Apostel Paulus. Die Initiative hebt den Zusammenhang zwischen Arbeit und Lohn auf. Dadurch schafft sie komplett falsche und destruktive Anreize. Eigenverantwortung wird dadurch nicht gefördert. Das BGE gefährdet auch das erfolgreiche duale Bildungssystem. Welcher junge Mensch will noch eine Lehre machen, wenn er fürs blanke Nichtstun 2500.- bekommt? Die Initiative bedroht die Werte, die das Erfolgsmodell Schweiz ermöglichen.

NEIN Faire Verkehrsfinanzierung (Milchkuh-Initiative)

Der Initiative fehlt ein Gesamtkonzept für den Verkehr. Sie fixiert sich auf die Strasse und blendet den Zusammenhang, z.B. mit dem Schienenverkehr aus. Um den Verkehr zu entlasten, soll z. B. der transnationale Schwerverkehr auf die Schiene verladen werden und die Pendlerabzüge gekürzt werden. Weiter entgehen bei einer Annahme dem Kanton eine grosse Menge Geld. Vieles davon wird z. B für die Bildung eingesetzt. Dieses Geld würde dann den Kantonen fehlen. Weiter besteht kein Zusammenhang zwischen mehr neuen Strassen und einer langfristigen Verkehrsentslastung.

NEIN FMedG (PID)

Das Parlament hat das FMedG gegen den Willen des Bundesrates erheblich überladen und dadurch die ethischen Grenzen geweitet. Ungeborene Menschen werden auf ihren Lebenswert geprüft. Eine Annahme käme einem ethischen Dammbbruch gleich. In einigen westlichen Ländern werden bereits bei künstlichen Befruchtungen Geschlecht und Augenfarbe ausgewählt. Diese Entwicklung im Ausland ist sehr bedenklich, die Schweiz tut gut daran, wenn sie da nicht mitmacht. Ein Nein zum FMedG ist ein ja zum Wert des Lebens und ein Bekenntnis, zu Heilen statt zu selektionieren.

JA Asylgesetz Revision

Der Testbetrieb hat klar gezeigt, dass die Asylverfahren merklich beschleunigt werden. Weiter fehlen dem Referendum vernünftige Gegenargumente. Die "Gratisanwälte" garantieren einen rechtsstaatlich korrektes Verfahren. Gratisanwälte stehen in der Schweiz allen mittellosen Menschen zu. Schnellere und rechtsstaatlich korrekte Verfahren sind für die Schweiz und die Asylsuchenden ein Gewinn.

Für Rückfragen:

Daniel Graber

Präsident EDU Appenzellerland

Natel: 079 723 52 09

daniel.graber@edu-schweiz.ch